

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstermine: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 11. März 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die fünfzeilige Zeile; Anst.-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 30

### Die Kosten der Lebenshaltung

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund amtlicher Erhebungen über die Kosten der Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnet wird, ist vom Januar d. J. zum Februar von 1640 auf 1889, also um 349 Punkte oder um 21,3 Proz. gestiegen. Zu dieser starken Verteuerung im Monat Februar d. J. trugen vor allem die Ernährungsausgaben bei, deren Indexziffer von 2219 im Januar auf 2727, also um 23 Proz. gestiegen ist. Stellen wir diesen Steigerungsgrad vorläufig der durch die letzten Tarifabschlussverhandlungen beschlossenen Lohnerhöhung ab 1. Februar gegenüber, so ergibt sich gegenüber der tariflichen Entlohnung für Verbeiratete der Lohnklasse C in Orten mit 20 Proz. Sozialzuschlag mit 506 Mk. im Januar d. J. allein für den Monat Februar, daß diese in ihrem Verhältnis zur Indexziffer schon im Februar um 11,5 Proz. zurückgeblieben ist, und zwar trotz der sogenannten Abgeltung der Brotverteuerung. Dazu kommt nun aber noch der tiefbedauerliche Zustand, daß die bisherige Entlohnung überhaupt nicht dazu ausreichte, die Kosten der Lebenshaltung in dem Umfange zu decken, wie sie nach der mehr als dürftigen Normalration der amtlichen Indexziffer erforderlich wäre. Und dieses Elend wurde mit jeder weiteren Woche fortwährend vergrößert, und zwar trotz der zwischenzeitlichen Lohnerhöhungen. Denn immer blieb eine mehr oder weniger große wöchentliche Lohnlücke, die sich zu den vorangegangenen Resten stellte, fortwährend neue Sorgen und neue Not auf die alten häufend. Wenn wir diesen Rest ungedeckter Lebensnotwendigkeiten mit durchschnittlich nur 10 Proz. einleben, so ergibt sich allein seit Anfang d. J. bis Ende Februar ein wöchentliches Defizit im Buchdruckerhaushalt von annähernd 30 Proz.

Dazu kommt nun noch die seit Ende Februar weitersteigende Verteuerung. Denn die im Februar d. J. akut gewordene Brotverteuerung mit ihren preissteigernden Auswirkungen auf alle übrigen wichtigen Lebensbedürfnisse ist ja in der Indexziffer des Februar erst zur Hälfte enthalten; sie wird für die Indexziffer des Monats März noch viel drastischer in Erscheinung treten. Die unbestreitbaren Wirkungen der fortgesetzten Valutarabzüge und die Nachwirkungen der seit Februar bis Anfang März laut „Frankfurter Zeitung“ um 23,5 Proz. (darunter die Gruppe für Lebens- und Genußmittel sogar um 32,5 Proz.) gestiegenen Großhandelspreise werden nicht minder dafür sorgen, daß in absehbarer Zeit weder an einen Stillstand und noch viel weniger an einen Rückgang der Kleinhandelspreise zu denken ist. Nach allen diesen wirtschaftlichen Weltverboten ist für den Monat März mit einer weiteren Steigerung der Reichsindexziffer um mindestens 20 Proz. zu rechnen. Wir haben demnach schon gegenwärtig mit einem Rückgang der Kaufkraft des Lohnes um über die Hälfte seit der letzten Tarifabschlussverhandlung zu rechnen. So häuft sich Not auf Not als Segen der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung und der mit ihr verknüpften wirtschaftlichen Innen- und Außenpolitik. Ihre Träger und Herrscherlichen wissen demgegenüber keine andern Hilfsmittel als neben immer lauterem Ruhen nach Abschaffung des Achtstundentags eine wissenschaftlich kein wollende Regierung oder Besetzung aller staatlichen Nachweise dieses Elendes. Als ob durch Verlängerung der täglichen Arbeitszeit das Heer der Arbeitslosen im In- wie Ausland und damit auch das wirtschaftliche Elend nicht nur noch größer und die Verwertung der Produktionsmittel durch ermüdete und unterernährte Arbeitskräfte rationaler würde!

Da wir dem neuzeitlichen Ansturm des Unternehmertums gegen den Achtstundentag demnächst ein besonderes Kapitel zu widmen gedenken, kann an dieser Stelle von einem weiteren Eingehen auf dieses Thema abgesehen werden. Denn der Achtstundentag ist ja nicht die wahre Ursache der unerschämten Verteuerung der Lebenshaltungskosten; diese liegt vielmehr tiefeingebettet im ganzen

System der heutigen Profit- und Bucherwirtschaft des Privatkapitalismus. Und genau so viele Wege nach Rom führen, gibt es auch vielerlei Wege, die zur Bekämpfung dieser wahnwitzigen Wirtschaftsform führen. Da die meisten bisherigen Versuche, den in wie ausländischen Preistreibern einen Riegel vorzuschleiben, vorläufig als Mißlungen zu betrachten sind, bleibt uns zunächst in der Hauptsache nur noch der Weg, eine dieser Preisentwicklungen entsprechende Entlohnung zu erkämpfen.

Wir haben es zwar schon bisher nicht an Hinweisen und ausführlichen Darlegungen gleicher Art fehlen lassen. Und immer blieben wir uns dabei bewußt, Wollen und Können in jeder Beziehung nach Möglichkeit in einem gewissen Zusammenhang zu halten. Aber obwohl wir dabei stets die praktische Lebenserfahrung und die jeweilige gewerbliche Lage im Auge behielten, machte man uns entweder den Vorwurf, zu wissenschaftlich an die Sache heranzutreten zu sein, und das andre Mal vermählte man wieder die sogenannte Wissenschaftlichkeit. Wir haben daraus die Lehre gezogen, daß z. B. alles, was den Unternehmern von Nutzen ist oder sein kann, bei ihnen im Lichte hoher Politik oder Wissenschaftlichkeit steht, während sie alles, was ihnen nicht in den Kram paßt, als einseitige Parteipolitik oder als durchaus „unwissenschaftlich“ zu diskreditieren versuchen. Eine Entkräftung unserer bisherigen Beweisführung ist aber damit nicht gegeben; sie stellt nach wie vor den ehrlichen und objektiven Versuch zur Aufstellung eines äußerst beherrschbaren Existenzminimums dar, das wie auch heute noch als das Mindeste betrachtet, auf das ein geleiteter Buchdrucker Anspruch erheben muß, und zwar unter voller Berücksichtigung der allgemeinen Notlage der deutschen Volkswirtschaft.

Die Berechtigung des von uns bisher schon auf der Grundlage der Reichsindexziffer berechneten Existenzminimums ergibt sich aus einer ganzen Reihe viel weitergehender Berechnungen von statistischen Ämtern einzelner Großstädte, von denen wir beispielsweise nur jene der Stadt Leipzig herausgreifen wollen, da diese am besten für uns aus eigener Erfahrung nachzuprüfen ist. Voraussetzungen müssen wir allerdings, daß „selbstverständlich“ auch diese „Preise und Kosten der Lebenshaltung in Leipzig“ (Heft 4 der „Mittelungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig“, Verlag Wilhelm Schunke, Rohbergische Buchhandlung, Leipzig) z. B. von der Leipziger Unternehmerschaft nicht als maßgebend anerkannt werden. Die ganze Aufmachung scheint den Herren zu arbeiterfreundlich, womit sie jedenfalls bekräftigen wollen, daß ihre Einschätzung der Arbeiterkraft sich nur nach dem Maße der Ausbeutung bemisst, die sich diese gefallen läßt. Für uns ist das aber kein Beweis der Unzuverlässigkeit dieser Berechnungen, denn sie stellen eine mit den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Arbeiterschaft durch schnittlich übereinstimmende Aufstellung des Vollbudgets einer fünfköpfigen Familie dar, das in seltenen einzelnen Fällen nicht nur für Leipzig, sondern für die Arbeiterhaushaltungen allgemein als objektive Grundlage für die Berechnung eines Existenzminimums dienen kann.

Wir sind überzeugt, daß die Mehrzahl der Geblissen, insbesondere die Verbeirateten, in dieser Aufstellung noch vieles vermissen werden, was zu den unentbehrlichen Bedarfsartikeln eines halbwegs geordneten Haushalts einer Arbeiterfamilie gehört. Das wird auch vom Leipziger Statistischen Amt anerkannt; aber es wird gleichzeitig damit gerechnet, daß diese Mängel nicht einseitlich berücksichtigt werden könnten und durch kleine Ersparnisse oder Einschränkungen bei andern Ausgabenposten schließlich eingerechnet werden können. Wir wollen daran nicht mäkeln, sondern die wichtige Tatsache im Auge behalten, daß mit dieser Aufstellung eines Vollbudgets einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie für die Gegenwart eine brauchbare Grundlage geschaffen wurde, mit der sich die Arbeiterkraft im großen und ganzen einverstanden erklären kann. Sehen wir uns daher dieses Existenzminimum, das ohne jeden Einfluß von unserer Seite aufgestellt wurde, in seinen Hauptgruppen etwas näher an.

Das auf neuer Grundlage amtlich ermittelte Vollbudget für Leipzig legt sich aus drei verschiedenen Gruppengattungen zusammen, deren Summierung die Kosten des gesamten Lebensbedarfs durch monatliche (vierwöchige) Steuerungsabgaben feststellt. Die Steuerungsabgabe I umfaßt die Grundlagen der Reichsindexziffer; erstreckt sich also auf Nahrung, Heizung und Beleuchtung für eine fünfköpfige Familie (Mann, Frau, drei Kinder von 12, 7 und 1 1/2 Jahren). Die für Nahrung maßgebende Normalration der Reichsindexziffer hat nur geringfügige Abänderungen erfahren, die sich in der Hauptsache auf örtliche Marktverhältnisse stützen, ohne dadurch diese Gruppe aus dem Rahmen der Reichsindexziffer wesentlich herausstreifen zu lassen. Die der Reichsindexziffer zugrunde liegende Normalration ist bekanntlich so gering, daß damit an eine Erhaltung der durch die Kriegsjahre äußerst geschwächten Gesundheit und Arbeitskräfte ohne höhere Ausgaben für Ernährung nicht zu denken ist. Und nicht mit Unrecht wurde kürzlich in einem Artikel des Berliner „Vorwärts“ die Normalration der Reichsindexziffer als Kanarienvogelart bezeichnet. In den letzten drei Monaten stand die Leipziger Steuerungsabgabe I (Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) gegenüber der Reichsindexziffer und dem Buchdruckerlohn der Lohnklasse C (Verbeiratete) in folgendem Verhältnis:

	Mk.	Reichsindexziffer	Tariflicher Lohn der Buchdrucker in vier Wochen je 1000 Mk.	Prozentfuß des Buchdruckerlohn zum Reichsindexziffer
Dezember 1921	1522	1550	1990	76,5
Januar 1922	1624	1640	2060	79,9
Februar 1922	2012	1889	2300	84,9

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, daß trotz zweimaliger Lohnerhöhung in den letzten drei Monaten ein immer höherer Prozentfuß des Lohnes allein für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung erforderlich wurde, und daß z. B. im Februar d. J. nur noch knapp 15 Proz. für die übrigen Kosten der Lebenshaltung (Kleidung, Schuhe, Wäsche, Steuern usw.) übrigblieb, während noch im Dezember etwa 24 Proz. dafür in Frage kamen. Entweder mußten daher in dieser Zeit bei den in Frage kommenden Haushaltungen die Ausgaben für Ernährung immer noch weiter eingeschränkt werden, trotz der sehr dürftigen Normalration, oder es mußten die übrigen notwendigen Lebensbedürfnisse in unerträglicher Weise zurückgestellt werden. Hin wie her also eine zunehmende Verelendung. In welcher verheerender Weise diese Verhältnisse auf die Volksgesundheit zurückwirken, geht u. a. daraus hervor, daß die Leipziger Schulärzte und Lehrer bei den in den letzten Wochen erfolgten Neuanmeldungen zur Volksschule feststellen mußten, daß so schwächliche Kinder den Volksschulen in Leipzig überhaupt noch nie zugeführt worden sind wie in diesem Jahre!

Fassen wir aber nun die zweite Gruppengattung des Leipziger Vollbudgets ins Auge, die sich nur auf Kleidung, Wäsche und Schuhwerk erstreckt. Die entsprechenden Grundlagen dafür ergaben sich aus sehr objektiven und genau geprüften Bestandsaufnahmen in 417 Arbeiterfamilien. Sie umfaßt nur die wichtigsten Kleidungsstücke, deren Verwendungsdauer und periodische Ergänzung. Als Bedarfsmengen wurden von jeder Gattung oder Art ein Stück oder so viel Stücke angenommen, wie jede Person nebeneinander zum abwechselnden Tragen — mit Rücksicht auf die Jahreszeit usw. — gebraucht. Die Zeit, für die jedes Stück verwendungsfähig ist, und die Zeit, innerhalb deren das Stück oder die Stücke der gleichen Gattung insgesamt neu anzuschaffen sind, wurde nach Jahren oder Bruchteilen des Jahres ermittelt. Danach wurden als Kostenpunkt für jede vierwöchentliche Periode je ein entsprechender Bruchteil des jeweiligen Gesamtpreises aller Stücke eingeleitet, und zwar in folgender Zusammenstellung:

1. für den Mann:		
a) Kleidung	b) Wäsche	c) Schuhwerk
Arbeitsanzug . . . 1/12	Handtuch . . . 1/12	Strahlenstiefe . . . 1/12
Strichanzug . . . 1/12	Unterhose . . . 1/12	Pantoffeln . . . 1/12
Mantel . . . 1/12	Strümpfe (Sommer) . . . 1/12	
Suit . . . 1/12	„ (Winter) . . . 1/12	



Kartoffeln und Zucker) von Oktober v. J. bis Januar dieses Jahres eine Preissteigerung von 114 Proz. im Großhandel und im Kleinhandel ein solches um 50,7 Proz. zu verzeichnen ist. In den diesbezüglichen Unterhaltungen der „Frankfurter Zeitung“ („Wirtschaftskurven mit Sonderzahlen“) werden diese Unterschiede ganz richtig mit wahrheitlichen Qualitätsveränderungen oder typischen Sortenveränderungen im Kleinhandel zu erklären versucht. Jede Hausfrau weiß, daß sie beim anteiligen Bezuge von Großhandelsartikeln durchweg besser bedient wird als durch den Kleinhandel, daß sie daher selbst bei schäblicher weniger gestiegenen Preisen im Kleinhandel teurer einkaufft, weil die Qualitäten schlechter oder gemindert sind. In Wirklichkeit ergibt sich aber auch hieraus eine gewisse Überelastizität der Kleinhandelspreise mit den Großhandelspreisen, nur mit dem Unterschiede, daß die volle Auswirkung der Preissteigerungen der Großhandelspreise bei den Kleinhandelspreisen erst einige Wochen später erfolgt, während von einem Rückgang der ersteren bei den letzteren in der Regel nur wenig oder erst nach langer Zeit etwas zu merken ist.

Wenn man daher die heutigen Kleinhandelspreise in Vergleich zu den Großhandelspreisen stellen will, so darf man das nicht in Hinblick auf die gegenwärtigen Großhandelspreise tun, sondern gegenüber jenen von Ende Januar oder Anfang Februar. Gegenwärtig beläuft sich nach den neusten Feststellungen der „Frankfurter Zeitung“ die Steigerung der Großhandelspreise gegenüber den Friedenspreisen nahezu auf das 5fache, und dazu kommen nun noch weitere preissteigernde Momente durch die Erhöhung der Rohstoffpreise. Es ist also für die nächsten Wochen auch für die Kleinhandelspreise noch Schlimmeres zu befürchten.

Für den gegenwärtigen Stand der Kleinhandelspreise waren wir in der Lage, nach Vorkäufen der Preise des großen Leipziger Konsumvereins vom 9. März d. J. folgende Feststellungen zu machen:

	Preis im Januar 1922		Preis am 9. März 1922		Steute lages gegenüber dem Friedens- preis
	Preis- preis	Steigerung	Preis	Steigerung	
Bohnen (Pfund)	0,20	2,80	7,50	37,50	37,50
Erbsen	0,24	4,50	7,50	31	31
Weis	0,30	6,00	12,00	40	40
Haferslocken	0,32	4,50	6,40	20	20
Schmalz	0,80	26,00	37,00	46	46
Rind, Vollmilch (Weiß)	0,55	18,00	24,00	44	44
Käse (Pfund)	40,00	60,00	60,00	50	50
Schmalz (Pfund)	1,50	26,00	30,00	24	24
Eier (Stück)	0,08	4,00	3,50	55	55
Äpfel (Pfund)	0,08	2,25	1,90	23	23
Zucker	0,08	1,00	1,00	25	25
Brot	0,12	6,25	5,50	29	29
Kohlrabi	0,20	24,00	28,00	31	31
Salat (1 Liter)	2,50	36,00	64,00	25	25
Salz (Pfund)	0,10	9,50	0,65	6	6
Wasserglas (Pfund)	0,18	2,50	30,00	24	24
Wasserglas	0,18	10,00	10,00	38	38
Wasser	0,40	7,00	12,00	30	30
Butter	1,40	46,00	48,00	35	35
Nonnlebkuchen	40,00	100,00	100,00	25	25
Monteurzeug	8,00	160,00	200,00	25	25
Magernmilch (zur Milch)	9,00	160,00	220,00	24	24
Hül	7,50	120,00	140,00	19	19
Wasserglas	8,00	225,00	250,00	31	31
Sarsaparilla	12,00	250,00	300,00	25	25
Wasser	10,00	186,00	200,00	25	25
1 Paar wollene Herren- socken	1,50	32,00	28,00	16	16
1 Paar baumwollene Her- rensocken	0,75	18,50	20,00	25	25
1 Paar braune wollene Damenstrümpfe	0,75	18,50	23,00	30	30
1 Damenstrümpfe	2,50	65,00	100,00	40	40
1 Herrenstrümpfe	2,00	60,00	140,00	47	47
1 Paar Kollennetze	3,00	21,00	24,00	8	8
1 Koller	0,55	12,00	14,00	40	40
1 Koller	0,30	8,00	10,00	33	33
1 Trinkglas	0,10	1,50	4,00	40	40
1 Kochtopf	1,25	32,00	40,00	35	35
1 Kochgeschloß	0,15	2,75	3,50	23	23
1 Gabel	0,10	1,75	2,50	25	25

Zusammen: 120,12 2413,85 3174,85 25fach

Vorstehende Zusammenstellung ist nicht wahllos erfolgt, sondern in Anlehnung an diesbezügliche Gruppierungen der „Frankfurter Zeitung“, und zwar um jeden Anzeichen persönlicher Willkür zu vermeiden. Wir können demnach feststellen, daß vorstehende Bedarfsartikel, für die man im Frieden insgesamt 120,12 Mk. zu zahlen hatte, heute 3174,85 Mk., also rund 26mal mehr, kosten. Das ferne bei gleichen Warenmengen, deren Preise sowohl nach den Angaben der „Frankfurter Zeitung“ wie nach den Preisen des Leipziger Konsumvereins mit nur wenig Ausnahmen ausfallend übereinstimmen, ist Januar d. J. eine Steigerung von 2413,85 Mk. auf 3174,85 Mk., also um 31,5 Proz. zu verzeichnen haben. Auch hieraus ergibt sich demnach eine ganz kolossale Verteuerung der Lebenshaltung, die zweifellos in den nächsten Wochen noch größer werden wird. Wenn sowohl der gegenwärtige Stand der Volanta wie die neuere Großhandelspreise sind in diesen Preisen noch nicht zur Auswirkung gekommen.

Gegenüber dieser ungeheuren Steigerung der Lebenshaltungskosten, die gegenwärtig das 25- bis 30fache der Friedenspreise beträgt, ist der tatsächliche Buchdruckerlohn höchstens um das 13fache gestiegen, und zwar in Leipzig mit 25 Proz. Vorkaufschlag nur um das 17,4fache und in Berlin und Hamburg nur um das 17,8fache

für verheiratete, über 24jährige Buchdrucker; für die Maschinenbediener, deren tarifliche Entlohnung im Frieden um 25 Proz. höher war als die der übrigen Buchdrucker, beträgt die Steigerung heute nur das 15,2fache.

So ist der Stand der Dinge, mit denen die Gehilfen rechnen muß; ob sie will oder nicht. Inanspruchnahme mit brutaler und egoistischer Rücksichtslosigkeit treibt die privatkapitalistische Profitwirtschaft das deutsche Volk und besonders die Arbeiter und Handwerker immer tiefer ins Elend und kollektiv zur wirtschaftlichen Verzweiflung! Wir wollen hier die Frage, inwiefern in dieser Hinsicht auch das deutsche Buchdruckergewerbe mitverantwortlich ist, nicht mehr aufrollen. Berufene Vertreter und Sachverständige der Gehilfenchaft haben erst vor kurzem Gegenbehalt gehabt, die Grundlagen eines neuen Preisstufens für das deutsche Buchdruckergewerbe, der sich im Endeffekt von der bisherigen Preisbemessung nur unwesentlich unterscheiden, auf ihre Berechtigung nachsprühen. Sie haben sich unter hohem Verantwortungsbewußtsein für ihre Aufgabe auch den Prinzipalen gegenüber von dem Standpunkte letzten Instanz Leben und lassen lassen! Die neuen Preisstufensgrundzüge brauchen zweifellos nach keiner Richtung das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen; sie sind in Anbetracht der gesamten übrigen Preisverhältnisse berechtigt. Aber sie lassen auch bei fortgeschrittener sozialer Zusammenarbeit mit der Arbeiterchaft das Buchdruckergewerbe jedem feiner Unternehmer die Möglichkeit offen, die erforderlichen Arbeitskräfte, gerade wie ungelernete, so zu entlohnen, daß sie eine bessere Existenz führen können. Und dazu gehört vor allen Dingen eine großzügigere Anpaßung der Entlohnung an die Kosten der Lebenshaltung. Möge daher die bevorstehende Tarifabschlussführung endlich zu einer gerechteren Würdigung der unerträglichen Notlage der gesamten Arbeiterchaft des deutschen Buchdruckergewerbes führen!

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Der Tarifkonflikt besteht zur Zeit in Offenburg nach in Berlin, Wetzlar, Weiden, Göttingen, Pilsen, Gießen, Kassel, Wiesbaden, in Polen sind Kämpfe in Braunschweig, Göttingen und Wetzlar ausgebrochen. Inzugunsten dieser Orten hat zu unterbreiten. Bei Konfliktangeboten aus Offenburg und der ehemaligen Provinz Posen ist unbedingt bei den zuständigen Organisationsstellen erst anzufragen.

Staten (Württ.). Der Bezirksverein Jagstkreis hielt am 19. Februar die 10. Bezirksversammlung ab. Nach Besprechung durch den Bezirksvorsitzenden Wenzel Müller folgten die Tagesordnungen und die Berichte der einzelnen Monitoren. Hierauf folgte ein Referat eines Gehilfenvertreter und Gewerkschafters Klein (Stuttg.) über: „Die letzten Tarifabschlüsse und die gewerkschaftliche und tarifliche Lage“. Er gab ein klares Bild von den Schwierigkeiten der letzten Verhandlungen sowie der Verhältnisse innerhalb der beiden Mächtegruppen in unserem Gewerbe. Die anschließende Diskussion zeigte im allgemeinen Zustimmung zu den Ausführungen, nur ein Redner machte auf der ganzen Linie Opposition. Auch die Belegungsfrage wurde angesprochen und gewünscht, daß von überall da, wo etwa die Belegungsfrage überstritten wird, dem Gewerkschaftsstand sofort Mitteilung gemacht werde. In seinem Schlusswort ging Kollege Klein auf die gemachten kritischen Äußerungen näher ein. Die Wahlen für den Bezirksvorstand wurden per Akklamation vorgenommen und der selbiger Vorstand bestätigt. Nur an Stelle des Kassierers und des Schriftführers, die eine Wiederwahl ablehnten, traten andre Kollegen. Vingeregt wurde noch, zweimal im Jahr eine Bezirksversammlung abzuhalten resp. die Günstigerlegung der einen.

Muerbach. Unsere Generalversammlung wies nicht den gewöhnlichen Verlauf auf. Vorsteher Eßer gab einen kurzen Rückblick auf das verlossene Geschäftsjahr, das reich an Arbeit war. Die abgeschlossenen Lohnabschlüsse wurden sämtlich als unzureichend bezeichnet. In wiederholten Eingaben an den Gew- und Gehilfenvertreter wurde die Unzuliebeheit der Kollegen zum Ausdruck gebracht. Die Umstehauptmannschaft Muerbach zählt mit zu den teuersten Städten und somit ist der errungenen Lohn für die bloßen Gehilfen vollkommen unzureichend. Zum Schluß forderte Kollege Eßer zu eifriger Vertretungsbefugnis auf. Nur selbes Zusammenhalten aller Kollegen könne zum Ziele führen. Der Kassierbericht wies einen Bilanz von 715,46 Mk. auf. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Gesamtverbandes. Der Belegungsabteilung gebühren sämtliche Belegungen an. Den Bemühungen des hiesigen Bildungvereins war es gelungen, ein Schulzimmer vom Stadtrat Muerbach zur Verfügung gestellt zu bekommen, das für einen Abend der Belegungsabteilung überlassen wurde. Kollege Eßer hielt mit den Belegungen einen Schriftführerbericht ab, der im allgemeinen feils auf beacht war.

Berlin. (Korrespondenz.) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung mußte wegen Stellungnahme der Korrektoren am 6. März, der in der letzten Tarifabschlussführung ein neues Gewand bekommen hat, an Stelle der ausfallenden Februarsammlung angesetzt werden. Leider konnten infolge des eingetretenen Verkehrsstillstandes und des dadurch verzögerten Verlaufes des „Stor.“ nicht alle Mitglieder rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden. Vorerst wurden neun Kollegen als Mitglieder in unsern Verein

aufgenommen. Kollege Grams, der das Referat übernommen hatte, legte dann in längerem Ausführungen dar, daß wir durch die tarifliche Festlegung des betreffenden Paragraphen wieder ein gut Stück vorwärtsgekommen sind. Wenn auch der § 69 noch etwas sehr denkbar ist, so ließe sich durch eine Verbessehung des Korrektors grundsätzlich nichts mehr im Wege. Der Kollege Müller fügte ergänzend hinzu, daß es nunmehr an den Kollegen selbst liegt, in geeigneter Weise von der betreffenden Verlesung, in geeigneter Weise von der betreffenden Verlesung Gebrauch zu machen. Er sprach den Wunsch aus, daß sich alle noch Fernstehenden recht bald unserer Sparte anschließen möchten, denn nur Einigkeit macht Macht! — Nächste Versammlung Sonntag, den 12. März, abends 7 Uhr.

Bernburg. Am 4. März hielt der Ortsverein seine ordentliche Versammlung ab. An Stelle des ausfallenden Lichtbildvortrages referierte Kollege Wälder über das Thema „Der Reichsarbeiter, seine Licht- und Schattenseiten“, das allgemeinen Beifall fand. Unter dem Punkte „Tarifliches“ wurde folgender Antrag eingebracht und einstimmig angenommen: „Der Ortsverein Bernburg beantragt, daß künftige Lohnvereinbarungen nicht befristet, sondern unbefristet abgeschlossen werden, da wir durch die das derzeitige Lohnabkommen bis 31. März geschlossene Lage bei der normalen ledigen Gewerkschaft schwer ins Hintertreffen geraten sind.“

Chemnitz. In der Jahreshauptversammlung übermittelte Gauvorsitzer Ernst Streiffelner von der letzten Tarifabschlussführung. Besonders beachtete er das gänzlich ablehnende Verhalten der Prinzipalität in bezug auf Lohnaufbesserung. Es wurde eine Entschlüsselung angenommen, die das Errolle als zu gering bezeichnet und den 1. März als Abkündigungsfrist festzusetzen verlangt. Aus dem Jahresbericht ist erwähnenswert: Die Vorlesungen konnten besser besucht werden; die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres betrug 620, wovon nur 41 außer Beruf läßt sind; der Kassenertrag belief sich auf 9288,77 Mk. Die Vorstandswahlen ergaben bis auf drei Stellvertreter die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Der Belegungs wurde von 40 auf 70 U. erhöht. Die Entschlüsselungen an Vorstand und Belegerte erfordern die dringend notwendige Aufbesserung.

Oresden. (Maschinenbediener.) Zur Hauptversammlung waren 94 Kollegen anwesend, darunter Kollege aus zehn Provinzorten. Weiter konnte Vorsitzender Müller folgende Grüße begrüßen: Kollegen Sach (Weipitz), Gauvorsitzer Freitag, Gauvorsitzer Schwedder sowie den Korrektorenvorsitzenden Kollegen Schömann. Das Andenken zweier verstorbenen Mitglieder wurde gelehrt. Hierauf wurde der Jahresbericht gegeben und der Kassenertrag genehmigt. 19 neue Mitglieder wurden aufgenommen. Die Mitgliederzahl stieg auf 202; 60 Proz. der Maschinenbediener im Gau sind sozialorganisiert, davon entfallen 1/3 auf den Gauverband, 2/3 auf die Provinz. Die Wahlen wurden auf folgende Weise vorgenommen: Die Mitgliederwahl wurde durch die Wahlkommission erledigt. Der Schriftführer wurde neu gewählt. Der aus der Mitte der Versammlung gestellte Antrag, den Monatsbeitrag auf 3 Mk. zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. Hierauf hielt Kollege Sach einen Vortrag: „Zusammenfassend, Unfallversicherungsbestimmungen; anschließend Neuerungen für Schmaschinen. Beifällig nahm die versammelte und geliebte Versammlung die Ausführungen auf. Ein gemütliches Beisammensein mit Damen bereitere vergnügte Stunden.“

Friedrichroda i. Thür. Unter guter Beteiligung der Mitglieder fand am 8. Februar unsere Generalversammlung statt. Aus dem Jahresberichte, den Vorsitzenden Sach in anschaulicher Weise gab, ist besonders erwähnenswert die Trennung des Ortsvereins Friedrichroda-Waltershausen in zwei selbständige Mitgliederclubs, die, nachdem der Verein auf eine jährliche Tätigkeit zurückblicken konnte, am 1. Juli 1921 stattfand. Der Hauptgrund zu der Trennung lag wohl in der räumlichen Entfernung beider Druckorte, was sich besonders bei schlechtem Wetter am Versammlungsbesuche bemerkbar machte, wodurch auch eine feste Regelung der Vereinsangelegenheiten oft unmöglich war. Der Vorkaufschlag ist im vergangenen Jahre von 71/ auf 121/ Proz. gestiegen. Trotzdem könnten wir aber während der Saison, in der die Preise für die Lebenshaltung ins Ungemeine steigen und sogar die Preise der umliegenden armeren Städte überagen, einen Gehaltsaufschlag gebrauchen, den zu erreichen uns bisher aber nicht gelungen ist. Die tariflichen Verhältnisse am hiesigen Orte sind gute. Zur Aufnahme in den Verband wurden drei Kollegen empfohlen. Von der bestehenden Belegungsabteilung, der vier Belegungen angeschlossen sind, befehlt ein Belegungs die Fachschule in Gotha. Am 30. Januar 1921 fand auch die Erhebung dreier Kollegen: Stahl, Ortlepp und Wiegand, statt, die dem Verbands 25 bzw. 27 Jahre angehören. Bei der Vorstandswahl, wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Stettin. In der Monatsversammlung am 27. Februar war als wichtiger Punkt der Tagesordnung ein Bericht über die Arbeitslosigkeit vom 19. Februar in Hamburg entgegenzunehmen. Dies war erst auf wiederholtes Drängen der Gehilfenchaft zustande gekommen, nachdem eine auf den 8. Januar 1922 anberaumte Arbeitslosigkeit auf Verreiben der Prinzipalitätstellung des Stettes X abgelaufen war. Einmaliger Punkt der Verhandlung war die Beratung der aus der Provinz Gehilfen-Gesellschaft gestellten Anträge auf Gewährung von Ortszulagen, welche Anträge den Kreisbüro von der Tarifabschlussführung im November v. J. zur Erledigung zugewiesen waren. Statfen die Gehilfen das Recht, gegen die gelübte Vorkauflegung der Beratung zu Beginn der Sitzung Protest einzulegen, so

Krieg die Erbitterung im Laufe der Verhandlung, als sich die Prinzipale zu hernerlei Entgegenkommen bereitfinden ließen und trotz eingehender Begründung jeden Antrag ablehnten, sogar selbst beantragten, die für einige Orte im äußersten Norden der Provinz bisher gezahlten örtlichen Zulagen zu streichen. Es läßt sich, als habe die Prinzipalität sich vorher auf diese Forderung verständigt, und es war die Frage der Gehilfen jedenfalls berechtigt, ob unter diesen Umständen ein Verhandeln überhaupt Zweck habe. Man wollte aber alle Begründungen hören und danach entscheiden. Diesen „Erfolg“ hätten wir aber schon zu Beginn der Sitzung haben können und brauchen wir darum nicht erst über vier Stunden zu „verhandeln“. Besonderen Grund zur Unzufriedenheit hat noch die Mitgliebschaft Kiel, weil ihr ein auf der Kreisamtsitzung in Hamburg im März 1921 gegebenes Versprechen nicht gehalten ist. Bei der Neufestlegung der Lokalzuläge hatte Kiel 25 Proz. beantragt, was abgelehnt wurde. Auf besondere Anfrage der Gehilfen ist aber von Prinzipalseite zugesagt, die 25 Proz. zu zahlen, wenn bei Einführung des neuen Reichsbesoldungsgesetzes Kiel in die Ortsklasse A versetzt würde. Dies ist im Dezember 1921 geschehen. Auf Vorstellwerden der Gehilfen und Erinnern an das Versprechen bestritt nun der an der Kreisamtsitzung 1921 beteiligte Kieler Prinzipal sein Versprechen; er mußte sich aber 1922 im Februar von unbeteiligten Gehilfen aus andern Orten aus ihren Aufzeichnungen beweisen lassen, daß ein solches doch gegeben sei. Der Prinzipalvorsitzende des Kreisamts ließ jetzt eine neue Abstimmung über die Sache nicht zu, und so kam Kiel auch jetzt noch nicht zu seinem Recht. Der Bericht wurde mit den selbstverständlichen Ausdrücken der Entrüstung aufgenommen und folgende Entschlüsse gefaßt: „Die am 27. Februar 1922 im Gewerkschaftshaus tagende Verammlung der Mitgliebschaft Kiel protestiert in entsetzlicher Weise gegen die auf der Kreisamtskonferenz am 19. Februar in Hamburg den Gehilfenanträgen widerfahrte Behandlung in Sachen der Grenzzulagen und Lokalzulagsfrage. Sie hat sich beschwerend bei dem an das Tarifamt und die sonstigen maßgebenden Instanzen gewandt. Trotzdem von sämtlichen Gehilfenverbänden festgestellt werden konnte, daß die Lokalzulagsfrage für Kiel bereits in der Kreisamtsitzung vom 13. März 1921 zufriedenstellend geregelt war und nach der endgültigen Verlegung Kiels in die Ortsklasse A es nur einer örtlichen Verständigung zwischen den Parteien bedurfte, um Kiel die 25 Proz. Lokalzulage zuzusprechen, hat Herr Grundwald, entgegen den Feststellungen der Gehilfenchaft, abermals die Behauptung aufgestellt, ein solches Versprechen nicht gegeben zu haben. Die Kieler Gehilfenchaft muß es daher ablehnen, in Zukunft mit Herrn Grundwald in irgendeiner Frage zu verhandeln und zieht deshalb, solange Herr Grundwald den Posten als Prinzipalvorsitzender des Kieler Schiedsgerichts bekleidet, ihre Vertreter zu dieser Institution zurück. Sie erklärt sich aber ausdrücklich bereit, wie bisher auch zukünftig alle das Gewerkschafts betriebl. Angelegenheiten mit der übrigen Kieler Prinzipalität in friedlicher Weise zu regeln.“ Weiter: „Sind eine Ausrede statt über die letzte Tarifauschüttung. Verurteilt wurde der zu weit hinausgeschobene Ablauf des Abkommens; die gleitende Lohnskala unter Benutzung der Sonderzulagen wurde als erstrebenswert erachtet. Einige Anträge zu dem am 26. März stattfindenden Goutag waren gestellt, sie wurden durch beraten und angenommen. Die Kandidaten zur Delegiertenwahl wurden aufgestellt und zum Schluß noch ein Geldbetrag für das Jubiläum der 50jährigen Verbandsmittelschaft eines alterdienten Kollegen bereitgestellt.“

**Bezirk Koblenz.** Am 19. Februar fand hier die Jahreshauptversammlung des Bezirks unter zahlreicher Beteiligung der auswärtigen Kollegen statt; etwa 200 Kollegen waren anwesend. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden Neu ehrte die Verammlung das Andenken von vier verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise. Den Jahresbericht gab Kollege Neu in etwa einstündigen Ausführungen. In ershöpfer Weise streifte er die in dem so ereignisvollen Jahre speziell im Kreis II vorgekommenen Neuregulungen in bezug auf Lohn und handelte sich die Lokalzulagsfrage. Besonders hartnäckiger Kampf bedurfte es seitens der Gehilfenvertreter im vergangenen Jahre, das Erreichte in bezug auf die Sonderzulage zu erhalten; war es doch stets das Bestreben der Prinzipalität, die Sonderzulage abzubauen. Reicher Beifall beehrte die trefflichen Ausführungen des Redners. Alle Diskussionsreder waren mit dem Vorgehen der Gehilfenvertreter einverstanden. Der bisherige Bezirksvorsitz wurde durch Jursch wieder gewählt. Zur Verbandsgeneralversammlung wurden einige Anträge durch beraten und angenommen. Als Kandidaten zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung wurden die Kollegen Neu (Koblenz) und Bertram (Köln) aufgestellt. Nach Erhöhung des Bezirksbeitrags wurde die Wahl des Ortes der nächsten Bezirksversammlung dem Vorstand überlassen.

**M. Kreisfeld.** Inre Verammlung am 18. Februar, zu der auch die Ortsvorstände des Bezirks geladen waren, hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß eine aus Anlaß des Todes eines Kollegen veranstaltete Sammlung die Summe von 1000 Mk. ergeben hätte, die der Ehefrau ausgehändigt wurde. Die Verammlung beschloß, in Zukunft an die Angehörigen verstorbener Kollegen aus der Ortsklasse 1000 Mark zu zahlen. Der Betrag wird durch Umlageverfahren wieder eingebracht. Durch das Eingehen des bereits 35 Jahre bestehenden Wülknener Zentrumsbundes werden fünf Kollegen arbeitslos. Nach Erstellung des Stellenberichts durch den Kassierer gab Vorsitzender Jansen den Bericht von der Kreisamtsitzung des Kreises II. Mit Entrüstung nahm die Verammlung Kenntnis von

dem Vortrage der Unternehmer, die für das befehete und Industriegebiet gezahlte Sonderzulage um 66 2/3 Proz. zu kürzen. Der an das Tarifamt gerichtete Protest wurde aufgehoben. Im föbrigen hielt es die Verammlung für eine Unvorsichtigkeit, daß eine Unternehmerrgruppe, die sich am spätesten zu Lohnaufbesserungen verstehen konnte, die erste beim Abbau sein will und das zu einer Zeit, wo die gesamte Lebenslage sich gewaltig verschlechtert hat. Ein Abbau der Sonderzulage kann einwilligen gar nicht in Frage kommen. Die Kollegenschaft ist bereit, aus dem jeweiligen Verhalten der Prinzipalität die Konsequenzen zu ziehen. Nach einem vom Kollegen Enger ausführlich erstatteten Karteilerichte wurde das Bebrillungsamt am Orte besprochen. Der Bebrillungsabteilung soll mehr Aufmerksamkeit genömet werden.

**Piegnitz.** Inre Verammlung am 11. Februar wies einen schwachen Besuch auf. Vorsitzender E. Scholz gab bekannt, daß die Vorstandswahl im Bezirk die Wiederwahl des bisherigen Bezirksvorsitzenden ergab. Aus dem Karteilerichte war zu entnehmen, daß geplant ist, einen Gewerkschaftskarteilericht anzustellen, welcher Posten bisher nebenamtlich verwaltet wurde. Die Verammlung war der Ansicht, daß die Gewerkschaften nicht imstande sind, die beträchtlichen Kosten aufzubringen, und die Karteilerichtler wurden erucht, dahin zu wirken, die Posten weiterhin nebenamtlich zu belegen. Kollege Berda erstattete dann den Stellenbericht vom vierten Quartal 1921; es wurde ihm Entlastung erteilt. Sierauf verteilte sich der Vorsitzende in längeren Ausführungen über das neue Tarifabkommen. Er verlor u. a. auch eine Bekanntmachung des Prinzipals-Präsidiums, die Herr Jungler (Breslau) in seinen „Mitteilungen“ ein paar Wochen vor den letzten Tarifverhandlungen. Darin forderte Herr Jungler keine Belieuen des Kreises IX auf, neue Zulagen nicht mehr zu bewilligen, da seit der letzten Lohnhöhung keine merkliche Steigerung eingetreten wäre. Außerdem erbat Herr Jungler von den Prinzipalen schriftliche Einwilligung, daß sie mit seinem Vorgehen einverstanden sind und sich danach richten sollen. Dieses Verhalten des Herrn Jungler forderte die Verammlung zu energischem Protest heraus. In schärfsten Worten wurden seine Machinationen verurteilt. Was während der Prinzipalverhandlungen, wenn das Gehilfenorgan schreiben würde, den kommenden Lohnabmachungen unter allen Umständen die Zustimmung zu verweigern? Man würde einfach die Gehilfenchaft als tarifbrüchig erklären. Aber das Tarifabkommen war die Verammlung der Meinung, daß auch dieses uns nicht reiflos befreiben könne, da ja alle Lebensmittel und Gebrauchsgüter von Tag zu Tag teurer werden. Man müsse wieder die Hoffnung auf die kommende Lohnreglung setzen. Besprochen wurden Johann noch Anträge zur diesjährigen Generalversammlung.

**Magdeburg.** Bei dem gegenwärtigen Metallarbeiterstreik ist auch die Hausdruckerei der Firma Schäffer & Rudenberg (Magdeburg-Budwig) in Mitgliebschaft gezogen. Wir bitten eventuelle Streikarbeit abzulehnen.

**Mannheim.** Am 5. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Zur Aufnahme standen drei Kollegen, von denen zwei aufgenommen wurden, die Aufnahme des dritten wurde zurückgestellt, da sich über dessen Aufnahmefähigkeit Zweifel ergaben. Eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten kam zur Eröbigung, u. a. auch eine eingelaufene Resolution, die Sympathie für die streikenden Eisenbahner verlangte und Protest gegen deren verfallenen Führer und Beschlagnahme von Streikgebern erhob. Die Verammlung stimmte zu. Sierauf erstattete Vorsitzender Uhrig den Jahresbericht. Die Zahl unserer dem Verbands 25 Jahre angehörenden Kollegen vermehrte sich um 11. Der Mitgliebsbestand betrug am Ende des Jahres 529, der Stellenbestand 18878 Mk. Milteltiger Beifall wurde dem Vorliegenden zuteil für den vorzüglichen Jahresbericht. Einwendungen wurden nicht erhoben. Sie hierauf erfolgte Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab dessen einstimme Wiederwahl. Eine Zellerammlung zur Stärkung unfres seit Jahren bestehenden Wohlthätigkeitsfonds ergab die Summe von 20275 Mk. Möge letzterer in Anbetracht seines guten Zweckes nie vergessen werden bei irgendwelchen festlichen Veranstaltungen und sonstigen freudigen Anlässen, die in Not geratenen Witwen und Waisen gelassener und verdorbener Kollegen werden es stets zu danken wissen! Die Remuneration für den Vorstand wurde entsprechend untrer Geldentwertung zeitgemäß erhöht. Anträge zur Generalversammlung waren nicht eingelaufen. Ein Antrag untrer Prinzipale beim Kreisamt auf Abbau untrer Sonderzulage rief starke Aberrschung und Entrüstung hervor. Ein ungeeigneter Zeitpunkt hätte wohl für einen Abbau nicht gewählt werden können, wo wir tagtäglich mit neuen Preissteigerungen für alle Lebensbedürfnisse bedacht werden und ohnedies bis jetzt noch kein Ausgleich geschaffen war und die enorme Brotpreiss- und Mietpreiserhöhung vor der Tür steht. Mit berechtigter, allerseitiger Entrüstung wurde dieses Ansuchen zurückgewiesen, was sich in folgender Resolution kundgibt: „Die sehr gut beluchte Generalversammlung des Bezirksvereins Mannheim nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Antrage der Mannheimer Prinzipale an das Kreisamt IV in Stuttgart auf Abbau der Sonderzulage. Die Verammlung erklört in diesem Antrage, der zeitlich mit einer infolge der allzu harten Bemessung der neuen Steuerungsulage bereits bestehenden Arube zusammenfällt, eine Herausforderung der Mannheim-Ludwigshafener Gehilfenchaft, die geeignet ist, die Ruhe und den gewerblichen Frieden aufs schwerste zu erschüttern. Sie bedauert diesen Schritt der Prinzipale, der eine totale Verwertung der Stimmung und wirtschaftlichen Lage der Gehilfen darstellt, und stellt einmütig und geschlossen auf dem Stand-

punkt, daß an der Sonderzulage nicht gerüttelt werden darf. Die Generalversammlung beauftragt den Bezirksvorstand, nicht nur den geplanten Abbau abzuwehren, sondern unter Einleitung der äußersten Mittel auf einer in andern Gewerben für gelernte Arbeiter üblichen Lohnfüßen angepauhten Erhöhung der Sonderzulage zu bestehen.“ Sierauf erfolgte die Wiederwahl der bisherigen Karteilerichtler.

**T. B. Waldshut (Baden).** Am 17. Februar fand unsere Generalversammlung bei gutem Besuche statt. Der Vorsitzende gab zuerst einen kurzen Jahresbericht. Mit scharfen Worten rügte er den meistenteils lehr schwachen Verammlungsbesuch und hoffte auf Besserung in diesem Jahre. Durch verschiedene Zuwendungen, u. a. auch von den Wäler Kollegen, die uns im Vorjare beklachten, war es uns möglich, eine kleine Fachbibliothek anzuschaffen. Allen Spendern sei an dieser Stelle bestens gedankt. Nach dem Jahresberichte wurde eine Ausrede über die letzte Tarifauschüttung herbeigeführt, bei der den Gehilfenvertretern für ihre nicht immer leichte Arbeit volle Anerkennung gezollt wurde, um so mehr, weil die Prinzipale in der Mehrzahl ein soziales Gefühl vermissen lassen. Gerade wir hier an der Schwäbeler Grenze haben schwer unter den Valutaerhältnissen zu leiden und eine baldige Wiedereinberufung des Tarifauschusses zwecks Neuregung der Löhne wurde als nicht zu umgehen erachtet. Scharf verworfen wurde auch die in unrem Kreise blühende Schmuckkonkurrenz. Es ist vielen Druckereien bald nicht mehr möglich, für Drucksachen Tarilpreise zu bekommen. Wir Gehilfen können daran natürlich nichts ändern, solange die Prinzipale selbst dem Treiben nützig zusehen. Bei den Vorstandswahlen wurde Kollege Weis als erster Vorsitzender und Kollege App als Kassierer wiedergewählt.

**R. Zwickau (Sachbajarsbericht).** Zweites Erledigung der Geschäfte machten sich im zweiten Halbjahre des verfloffenen Jahres eine ordentliche und über außerordentliche Verammungen nötig, die durchschnittlich nur mäßig besucht waren, und die sich in der Hauptsache mit den laufenden Steuerungsulagen zu beschäftigen hatten. In der Verammlung am 1. Juli gab Vorsitzender Krasser einen ausführlichen Bericht über die vorausgehenden Tarifverhandlungen in Berlin. In der Augustverammlung beschäftigte man sich wiederum mit der neuen Steuerungsulage, wobei die Miltstimmung der Kollegenschaft allgemein zum Ausdruck kam. Schließlich wurde einer Resolution des Vorliegenden zugestimmt, die Zulage unter der Bedingung anzunehmen, daß die Septemberverhandlungen des Tarifauschusses den gegebenen Lebensbedürfnissen weit mehr als bisher Rechnung tragen. Die Septemberverhandlungen zeigten jedoch eine sehr kritische Situation unter der Gehilfenchaft. Schließlich erklärte man sich auch mit deren Ergebnis einverstanden in der Hoffnung, daß die nächsten Verhandlungen in finanzieller Beziehung eine bedeutende Verbesserung bringen würden, zumal der Vorsitzende sich bereit erklärte, mit den diesigen Prinzipalen Verhandlungen anzubahnen zwecks früherer Bezahlung der am 15. November fälligen Zulage von 25 Mk. Dies wurde jedoch nicht erreicht, dafür eine Ertragsulage von 50 bis 100 Mk. bzw. in einer Druckerei eine solche bis 250 Mk. Im „Sächsischen Volksblatt“ (S.V.) wurde die Zulage ab 1. November gewährt. — Die Revolutionsfeier wurde laut Verammlungsbeschluss gemeinsam mit der übrigen Arbeiterchaft durch Arbeitsruhe begangen. — Das Sitzungsgeld wurde in der üblichen Weise am 8. November geleistet. Solidaritätsgefühl beklundeten die Zwickauer Kollegen, indem sie den streikenden Ziegeleiarbeitern 100 Mk., einem kranken, in Not geratenen Kollegen 150 Mk. pro Woche an Ertraunterstützung bewilligten; notwendig machte sich dieserhalb eine Erhöhung des Beitrags um 1 Mk. Die Beschäftigungsmöglichkeiten im Berichtsjahre waren gute zu nennen. Zum Schluß sei den Zwickauer Kollegen dringend an das Herz gelegt, mit dazu beizutragen, den Verammlungsbesuch mehr zu heben, denn nur durch seltes Zusammenstehen wird es uns leichter sein, der Krise, deren Vorboden bereits deutlich erkennbar sind, zu begegnen. — Die Generalversammlung am 21. Februar nahm den Jahresbericht des Vorstandes entgegen. Vorsitzender Krasser gab einen ausführlichen Bericht über das verfloffene Vereinsjahr. Der Verammlungsbesuch betrug im Jahresdurchschnitt 48 Proz. Der Mitgliebsbestand betrug zur Zeit 228, gegenüber 38 Bebrillungen. Mit einem warmen Appell an die Kollegen schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Alsdann gab Kassierer Krasser an Hand des gedruckt vorliegenden Jahresabschlusses seinen Bericht. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Nach Entgegennahme der Berichte über das Graphische Kartell, die Bebrillungsabteilung und die Gesangsabteilung (der Bericht über den Ortsauschuss ist zurückgestellt) wurde der Gesamtvorstand wieder bzw. neugewählt.

### Verschiedene Eingänge

„Archiv für Buchgewerbe und Graphik.“ Begründet von Alexander Waldow. Herausgegeben vom Deutschen Buchgewerbeverein. Die Doppelhefte 9-10 (Religion und Buchgewerbe) und 11-12, in dem das Verlagswesen, das Schreiben als Kunstfertigkeit von R. Koch abgehandelt wird, präzisieren sich in der besten vornehmen Ausführung. (Jährlich 6 Doppelhefte 30 Mk., Doppelheft 15 Mk.). Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig. „Arten-Anschluß des Arbeiterschutzes.“ Am Verlangen des Arbeiterschutzes in Karlsruhe. Seite 35 und 36. Verantwortlichen und Funktionären sowie Betriebsräten liefert die Karlsruherschule gute Dienste. Die Karten werden durch Nachträge über alle Neuerungen und Veränderungen der Gesetzliche ergänzt; man eripiert dabei die Anschaffung neuer, rasch veränderter Umkleibilder und Monogramme. — Seine vollständigste, leichtverständliche Darstellung macht es schließlich für jedermann nutzbar und. Preis: jedes Heft 2-40 Mk. Vollverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Fögnerstraße 5. (Merga eine Beilage.)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummer 50 Pfennig. Portobetrag für die  
Zufendung etwa. Vorauszahlung Bedingung.

Beilage zu Nr. 30 — Leipzig, den 11. März 1922

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und  
Sonntags früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Ein Hoffschrei!

Die letzte Tarifauschussung hat den Buchdrucker-  
gehilfen Deutschlands wieder ein neues Lohnabkommen  
beliebt, das, im richtigen Lichte betrachtet, in keiner  
Weise befriedigen kann, wenn auch zugegeben werden  
soll, daß schwierige Verhältnisse hierzu bestimmend  
gewesen sein müssen. Konnte man mit dem November-  
abkommen sich einigermaßen einverstanden erklären, weil  
es uns einen Schritt näher an die andern Berufe heran-  
brachte und es bei einer stabilen Fällung der Lebensmittelpreise  
und der Preise für die sonstigen Lebensbedürfnisse  
vielleicht möglich gewesen wäre, zu vegetieren, an ein  
Existieren war auch da noch nicht zu denken. Es soll  
nicht bestritten werden, daß das Buchdrucker-  
gewerbe in gegenwärtiger Zeit einen schweren Stand hat, namentlich  
in der Provinz. Aber diesen schweren Stand haben auch  
viele andere Industrien, und trotzdem kommen deren Unter-  
nehmer ihrer Arbeiterchaft in diesen Fällen weit mehr  
entgegen.

Die mit dem 16. Februar 1922 eingelebte Brot-  
steuerung soll mit dem neuen Lohnabkommen als abge-  
golfen gelten. Das wäre schließlich noch anzuerkennen,  
wenn die sonstigen Preise für Lebensmittel und Bedarfs-  
artikel stabil geblieben wären. Aber Kollegen, was ist  
geschehen seit den Tagen des Abschlusses unres letzten  
Lohnabkommens? Die Preise für Lebensmittel usw. sind  
wieder rapid gestiegen und steigen noch ständig, so daß  
wir heute wieder in eine Steuerungsweite hineingeraten  
sind, die die Steuerungsweite im November vorigen Jahres  
weit übertrifft. Beispielsweise kostete Margarine am  
heutigen Ort Ende Januar noch 21 Mk., jetzt kostet die-  
selbe 30 Mk., Schmalzstieg von 26 auf 36 Mk., Backöl  
von 30 auf 40 Mk., Milch von 4,60 auf 5,20 Mk.,  
Kunstbrot von 5,50 Mk. auf 8 Mk., Fleisch von 11 auf  
20 Mk., Brotkittels von 30 auf 47 Mk. der Semtner usw. usw.  
Daraus ist zu ersehen, daß die neuen Zulagen nicht aus-  
reichen, um die Preissteigerung der Bedarfsartikel aus-  
zugleichen.

Wer hat unter dieser neuerlichen Steuerungsweite am  
meisten zu leiden? Doch wohl die Kollegen mit  
einer großen Kinderzahl. Nun hat aber die neue  
Brotpreiserhöhung am 16. Februar eingelebt. Diese Er-  
höhung des Brotpreises allein findet bei den Kollegen  
mit kleinen Kindern keine Beachtung. Doch das, was be-  
wundernswürdig ist, Beispielsweise habe ich für eine 14-  
köpfige Familie im Januar noch 100 Mk. für Brot und  
überall, auch bei uns sehr knapp und müssen bereits mit  
2,50 bis 3 Mk. für ein Pfund bezahlt werden; man ist  
daher mehr auf Brot angewiesen. Ich brauche durchschnittlich  
in der Woche 12-14 Raibe Brot. Das Brot (3<sup>er</sup>), 1<sup>er</sup>,  
kostet hier 12 Mk., also 144-168 Mk. pro Woche; früher  
kostete ein Brot 6,80 Mk., bei 12-14 Broten 81,60 bis  
98 Mk. Ich habe somit eine Mehrausgabe nur für Brot von  
62,40-73 Mk. wöchentlich. Zulage erhielt ich bei 10 Proz.  
Lohnzuschlag 54 Mk. pro Woche, also schon ein erheb-  
liches Defizit nur beim Brot allein. Es ist doch hart, den  
Kindern Lager zu müssen, ihr Können kein Brot mehr be-  
kommen, weil es zu teuer ist. Die Kinder verstehen es  
nicht, und oft muß man hören, warum ist denn nur immer  
bei uns so eine Not, unter Vater arbeitet doch auch. Die  
Milch bildet eine Hauptausgabe bei Kollegen mit kleinen  
Kindern. Ich habe ein Anrecht pro Tag auf 2<sup>er</sup>, Alter  
Milch für zwei kleine Kinder, das ist eine fällige Aus-  
gabe von 14,30 Mk. So nötig nun meine kleinen Kin-  
der die Milch zu ihrer Ernährung halten, so bin ich leider  
nicht in der Lage, die Milch jeden Tag zu kaufen. Der  
Buchdrucker mit einer größeren Kinderzahl und mit nur  
einem Verdienst von 512 Mk. (Minimum [10 Proz.])  
Wochenlohn kann sich heute weder Fleisch noch Wurst  
gönnen. Auf Befragen der Kinder, warum man denn  
gar kein Fleisch und keine Wurst mehr kauft, da doch  
alle Läden voll davon seien, findet man meist keine An-  
wort; aber Wehmüt erfüllt doch das Herz, wenn man  
gutehumb, wie andre Leute sich alles leisten können  
und der „hinderreiche“ Buchdrucker sich auch gar nichts  
mehr erlauben kann. An ein wirkliches Existieren kann  
man schon lange nicht mehr denken, aber man konnte  
noch zu vegetieren — lebt ist jedoch auch dem Buchdrucker  
mit großer Familie das Vegetieren nicht mehr möglich.

Was ist nun zu tun? Zunächst muß schleunigst unser  
Lohnabkommen erheblich korrigiert werden. Alle andern  
Berufe haben jetzt schon ihre Verhandlungen gehabt, und  
sind somit auch jetzt schon im Besitze der berechtigten  
Lohnerhöhung. Es ist traurig für unsern Beruf, daß er  
hinter den meisten andern Berufen zurückbleiben muß. So  
bezieht ein Kaufmann am helligen Ort in der A-Klasse  
3125 Mk. monatlich, dazu Familienzulagen. Ein Maurer  
hat einen Stundenlohn von 16,10 Mk., ein Handlanger  
(ungeleiteter Arbeiter) 15,60 Mk.

Wir Buchdrucker leiden nun schon seit vier Wochen  
unter der enormen Steuerungsweite und sollen wohl gar keine  
Auslicht haben, vor dem 1. April nur einen Pfennig mehr  
zu bekommen. Daß die Steuerungsweite und Not groß ist,  
wird doch niemand bestritten wollen. Um auch uns  
Buchdruckern sofort zu helfen, muß bei der nächsten Tarif-  
auschussung mit allen Mitteln darauf gedrungen wer-

den, daß die neuen Zulagen rückwirkende Kraft erlangen,  
wenigstens vom 1. März ab.

Es sollte aber außerdem einmal den „hinderreichen“  
Buchdruckern entsprochen werden, und zwar durch  
endliche Einführung einer Familienzulage von  
Tarifs wegen. Hier vernehme ich schon den Protest einer  
Anzahl von Kollegen, aber was in andern Berufen mög-  
lich ist, sollte doch auch in der immer als Vorbild hinge-  
stellten Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker mög-  
lich sein. Die Einkünften, die früher gegen die Ein-  
führung von Familienzulagen gemacht wurden, liegen  
mir alle vor Augen; ich will diese heute nicht zurück-  
weisen; aber doch an die Solidarität der Kollegen ap-  
pellieren: Einer für alle, alle für einen! Selbststillsoll noch  
werden, daß die chemische Industrie, die Metallarbeiter,  
Schriftgießer, Kaufleute und noch andre Berufe schon  
längst Familienzulagen in beträchtlicher Höhe haben. Was  
da möglich ist, muß auch bei uns möglich gemacht werden,  
wenn man nicht die „hinderreichen“ Buchdrucker völliger  
Verelendung preisgeben will.

Gulda.

Dito Jacob.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Tarifamtliche Stellenvermittlung. Schwerekrlegs-  
beschädigte suchen Stellung; Handleder (linkes Bein  
gelähmt) will in Berlin Maschinenlehre werden; Hand-  
leder (rechtes Auge verloren, Kopfschub), bisher als  
Boile tätig in einer Reichsstelle, diese ist aufgelöst, sucht  
ähnliche Stellung; Handleder (linkes Fußgelenk gelähmt,  
rechtes Hinterhandgelenk) will Maschinenlehre in  
Südwestdeutschland werden; Handleder (Verstümme-  
lung des linken Daumens) will Maschinenlehre werden. —  
Es werden verlangt: nach Berlin ein Schwerekrlegs-  
beschädigter zur Kontrolle der Leistungen der Maschinen-  
lehre, zur Unterstützung des Faktors und für schriftliche  
Arbeiten, also mehr kaufmännische Arbeit; nach Salz-  
wedel ein Schwerekrlegsbeschädigter für Korrekturenlesen  
oder leichtere Arbeiten, auch im Zeitungsbetrieb. — Be-  
ruksichtigung suchen passende Beschäftigung bzw. bitten  
dringend um Unterkommen: 23jähriger Drucker, wegen  
verminderter Sehschärfe nicht voll erwerbsfähig, eventuell  
als Hilfsarbeiter, 37-Jähriger als Hilfsarbeiter, 40-  
jähriger als Hilfsarbeiter, 40-jähriger als Hilfsarbeiter, auch  
bisherige Dampfbesetzer, 47-jähriger als Hilfsarbeiter,  
25 Jahre alt, rechte Hand verstümmelt, als Antiegerin und  
Bogensängerin nicht mehr brauchbar. Für die Berufs-  
beschädigten kommt nur Berlin in Frage. — Die Serren  
Prinzipale werden gebeten, vorstehende Gesuche zu be-  
rückichtigen und eventuelle offene Arbeitsplätze dem Tarif-  
amt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrich-  
straße 239, zu melden. Bewerbungen um die offenen  
Stellen sind ebenfalls an das Tarifamt zu richten.

Zur Not im Zeitungsgewerbe. Der Kreisverein  
Mitteldeutschland im Verein Deutscher Zeitungsverleger  
beschäftigte sich mit der drohenden Zeitungskatastrophe  
und nahm eine gehaltreiche Entschlossenheit an, die ein  
glattes Eingeständnis dafür ist, daß die freie Papierwirt-  
schaft die Zeitungen zugrunde richtet, genau so, wie das  
Volk durch die unelastischen Freilich auf die Taschen  
der Verbraucher zugrunde gerichtet wird. Von Regierung,  
Parlament und sonstigen berufenen Stellen werden in der  
Hauptsache als durchgreifende Maßnahmen noch in letzter  
Stunde gefordert: Rückschickendes Einwirkens gegen alle  
wucherlichen Maßnahmen, die den wahlräftigen Papier-  
preis bestimmen; Sperrung der Ausfuhr bis auf Verus-  
papieres; wesentliche Herabsetzung des unredlich hohen  
Papierpreises; sofortige Maßnahmen zur Sicherstellung der  
Papierverlorgung; angemessene Bezahlung aller amtlichen  
Behandlungsmachungen. Außerdem wird verlangt, daß keine  
eigenen Amtsblätter durch die Kreis- und Kommunal-  
behörden gegründet werden, die nicht nur die privaten  
Zeitungsverlage, sondern auch die Steuerzahler erheblich  
belasten. Prinzipale, Gehilfen und Redakteure machen  
immer und immer wieder auf die schweren kulturellen,  
politischen und wirtschaftlichen Gefahren aufmerksam, die  
durch die Not im Zeitungsgewerbe entstehen, und ver-  
langen Maßnahmen zu dessen Schutz. Wenn auch das  
Reichswirtschaftsministerium nicht unfähig gewesen ist, so  
ist doch nicht das Notwendige geschehen, weil man davon  
überzeugt ist, daß die Papierfabriken keine übermäßigen  
Gewinne machen. Im Finanzauschuss des Bayerischen  
Landtags wurde in einer Entschlossenheit zum Ausdruck ge-  
bracht, daß diejenige Regierung, die einem sicheren Unter-  
gange der Tagespresse nicht rechtzeitig vorbeugt, sich selbst  
ihren Grab gräbt. Versehen erklärte die Zustimmung der  
Staatsregierung zu dieser Entschlossenheit. Der Handels-  
minister sammelte sich im Plenum des bayerischen  
Landtags dahin, daß die Überwindung der Presse die  
allerhöchste öffentliche Gefahr wäre, und aus diesem  
Grunde befragte auch die Regierung die Lebensverhältnisse  
der Presse als eine staatliche Frage allerersten Ranges.  
Er empfiehlt engste Zusammenarbeit zwischen Zeitungsver-  
legern, Holzholz-, Zellstoff- und Papierfabrikanten. Das  
ist aber doch alles schon hinreichend geschehen und dennoch

kaumeln wir aus einer enormen Erhöhung in die andre,  
die von den Papierindustriellen diktiert wird. Die preu-  
sische Regierung findet nicht minder wohlwollende Worte  
für die Presse, stellt sich aber bei den verschiedenen Forde-  
rungen auf einen nahezu ablehnenden Standpunkt und ist  
im übrigen an den Beschüssen der Reichsregierung be-  
teiligte. Es muß eben mehr geschehen als die Verbilligung  
des Transportholzes und Zeitungspapier.

Haupttagung der Zeitungsverleger wegen der Presse-  
not. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger Label an-  
gelehrt der unaufhaltsam in bedrohlicher Weise sich  
weiter verhärtenden wirtschaftlichen Lage der deutschen  
Presse dringend zu einer außerordentlichen Hauptverlam-  
mung am 13. März nach Weimar ein und ersucht auch  
alle deutschen Zeitungsverleger, die nicht dem Verein an-  
gehören, daran teilzunehmen, um Stellung zu nehmen  
und Maßnahmen zu beraten, die geeignet sind, einer  
Katastrophe vorzubeugen. Es gehe um Sein oder Nicht-  
sein der deutschen Presse und deshalb dürfe niemand  
fehlen.

Auflösung des Lohnabkommens im Buchbinder-  
gewerbe. Der Verband der Buchbinder und Papier-  
verarbeiter Deutschlands hat das Lohnabkommen mit den  
Arbeitgeberverbänden gekündigt. Die Tarifverhandlungen  
finden am 17. März in Weimar statt.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Januar 1922.  
Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ ergibt die Statistik der  
unterstützten Erwerbslosen eine stark ansteigende Zunahme  
der Zahl der aus öffentlichen Mitteln Unterstützten. Am  
1. Februar wurden insgesamt 196103 Vollerwerbslose ge-  
zählt; das bedeutet gegenüber dem 1. Januar mit 164958  
Unterstützten eine Zunahme um 31145 oder 18,9 Proz.  
Die Zahl der unterstützten Frauen ging weiter zurück, die  
der Männer erhöhte sich um nahezu ein Viertel. Auch  
die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften zeigt eine  
wesentliche Verschlechterung der Lage. Von 5797753 durch  
die Berichte erfassten Mitglieder waren am Stichtage  
190614 oder 3,3 Proz. arbeitslos (im Vormonat 1,6 Proz.).  
Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen hat der  
Anstieg der Arbeitslosen erheblich zugenommen, wodurch  
sich ebenfalls eine Verschlechterung der Lage namentlich  
für männliche Arbeitskräfte dokumentiert. 879313 Ar-  
beitsgesuchen stehen nur 587101 offene Stellen und  
413296 Vermittlungen gegenüber. Von je 100 konnten  
27,4 im Vormonat 50 in offene Stellen vermittelt werden.  
Für die arbeitslosen Arbeiter, soweit die Angaben des  
Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Hilfsarbeiter,  
der Lithographen und Steindruckers, der Buchbinder, des  
Gutenbergbundes und des christlichen graphischen Zentral-  
verbandes in Betracht kommen und in Vergleich gestellt  
werden können, ergaben sich bezüglich der Arbeitslosigkeit  
folgende Ziffern:

	Zahl der Arbeitslosen		Zahl der Mit- glieder		Zahl der Mit- glieder	
	Männ- lich	Weib- lich	Zu- sammen	berichts- zeitig	über die Berichts- zeit	über die Berichts- zeit
Verband der Deutschen Buchdrucker	918	—	918	69174	75250	
Hilfsarbeiterverband	126	98	224	27417	46740	
Lithographen und Stein- drucker (im „Reichs- arbeitsblatt“ als Pa- pierindustrie aufgeführt)	163	11	174	18860	18883	
Buchbinder (im „Reichs- arbeitsblatt“ als Pa- pierindustrie aufgeführt)	293	435	728	68214	87305	
Gutenbergbund	20	—	20	2612	3007	
Graphischer Zentralver- band (christl.)	3	1	4	5512	6226	
Zusammen 1523	545	2068	191789	237501		

Tödliche Unglücksfälle. Kollege Beh aus Neudorf  
war seit einigen Tagen als Bremser eines Rollzugs bei  
dem großen Kanalbau der Innwerke beschäftigt. Er ver-  
unglückte bedauerlicherweise dadurch, daß er bei einem  
Stoß vom Bremswagen zwischen zwei Wagen geriet, wo-  
bei ihm Brust und Unterleib zerquetscht wurden. Wenige  
Minuten nach dem Transport in ein Krankenhaus ver-  
schied der brave Kollege als Opfer der Arbeit. — Bei  
vorübergehender Beschäftigung auf einer Sechse bei Elstel  
im Kreis Welschenkirchen der Schriftleiter Morkert töd-  
lich verunglückt.

Sachsen beantragt Erhöhung der Getreidemlage.  
Die sächsische Regierung hat bei der Reichsregierung be-  
antragt, die Getreidemlage, die jetzt nur 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mil-  
lionen Tonnenn beträgt, für die nächste Ernte auf 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mil-  
lionen Tonnenn zu erhöhen. Auch die Einführung einer  
Kartoffelmilage ist von Sachsen gefordert worden. Das  
wäre die erste unweibdeutige Antwort von einer Regie-  
rung auf die anmahenden Forderungen der Wararier, die  
die vollständige Befreiung der Umlage, also unbeschränkten  
Wucher, zum Ziele haben. Bekanntlich ist schon zu einem  
großen Teile die bisherige Umlage (namentlich von den  
Grobgrundbesitzern) mit der Begründung nicht erfüllt worden,  
daß die Ernte zu schlecht ausfiel, während das Getreide  
zu Wucherpreisen verkauft wurde oder jetzt verkauft wird,  
was uns das Brot ja horrend verteuert.

## Gestorben

In Emden am 8. Februar der Echer Johann Melles von dort,  
63 Jahre alt.  
In Frankfurt a. M. am 20. Februar der Giesler Paul Buch-  
holz aus Berlin, 39 Jahre alt.

